BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 7. September 2026

Gasspeicher vor dem Winter 2026/27 absichern

Die deutschen Gasspeicher sind so leer wie in keinem Spätsommer seit Beginn der Aufzeichnungen. Zum 17. August 2026 lag der Füllstand bei 50,1 Prozent, ein Jahr zuvor waren es 66,9 Prozent. Vorgeschrieben sind grundsätzlich 80 Prozent zum 1. November. Um das zu erreichen, müsste sich das Einspeichertempo mehr als verdoppeln. Der Grund ist keine Knappheit, sondern eine Rechnung, die nicht aufgeht, weil nicht absehbar war, dass US-Präsident Trump durch sein Vorgehen im Iran derartige Verwerfungen am internationalen Gasmarkt, also einen deutlichen Preisanstieg verursachen würde. Speicher füllen lohnt sich normalerweise, weil Gas im Sommer billiger ist als im Winter. Diese Differenz finanziert die Wintervorsorge. Derzeit ist sie verschwunden. Wintergas ist an der Börse zeitweise billiger als Sommergas. Die Hoffnung vieler Betreiber darauf zu setzen, dass sich der Konflikt löst, erfüllt sich nicht und der Winter naht. Hinzu kommt ein hausgemachter Effekt: die gesetzliche Füllquote zwingt in diesem Jahr die Marktteilnehmer im selben Zeitfenster zum Kauf und treibt den Sommerpreis zusätzlich.

Dass die Versorgung dennoch stabil und die Gefahr eines Engpasses gering ist, ist kein Zufall. 2022 hatte Deutschland keinen einzigen Hafen, an dem ein Gastanker anlegen konnte. Mit dem LNG-Beschleunigungsgesetz der FDP vom Mai 2022 wurden Genehmigungsverfahren von Jahren auf Monate verkürzt. Sieben Monate nach der ersten Lesung lag das erste Schiff in Wilhelmshaven. Heute laufen drei Terminals, die Anlandungen sind im ersten Halbjahr 2026 um über 70 Prozent gestiegen. Der Winter wird nicht knapp, aber wahrscheinlich teuer. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine reden wir in Deutschland über Gas, und wir tun es seither von Winter zu Winter. Was fehlt, ist eine Antwort, die über die jeweils nächste Heizperiode hinausreicht.

Die FDP fordert:

- **Reserve statt Quote**. Eine staatlich gehaltene Gasreserve für den Krisenfall, strikt getrennt vom Handel, und im Gegenzug das Ende der starren Füllvorgaben. Beides nebeneinander verursacht doppelte Kosten und hält das Preissignal verzerrt. Der Referentenentwurf muss vorgelegt und das Gesetz beschlossen werden, bevor die EU-Speicherverordnung Ende 2027 ausläuft. Die Aufsicht gehört an die Bundesnetzagentur, die die Marktdaten laufend auswertet, statt an einen Stichtag im Kalender.
- **Langfristige Bezugsquellen in mehreren Weltregionen ermöglichen**. Fast die Hälfte unseres Gases kommt inzwischen aus Norwegen. Verträge

schließen Unternehmen, nicht Ministerien. Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen: europäische Regeln, die Langfristverträge nicht praktisch unmöglich machen und eine Energieaußenpolitik, die Lieferbeziehungen aufbaut, bevor sie gebraucht werden. Gleichzeitig sollte sich um eine gemeinsame europäische Beschaffung bemüht werden.

- **LNG-Infrastruktur sichern, Verfahrenstempo zum Standard machen.** Die Terminals sind die Rückversicherung, die diesen Winter trägt. Ihre Kapazitäten dürfen nicht aus Auslastungsgründen abgebaut werden, denn ihr Wert liegt im Krisenfall. Das beschleunigte Verfahren des LNG-Gesetzes, feste Fristen für Behörden und begrenzte Beteiligungsschleifen, gehört in das allgemeine Planungsrecht für Netze, Leitungen und Speicher. Die Offshore-Terminals müssen zeitnah übertragen werden auf die Onshore Terminals mit größeren Absatzmengen.
- **Heimische Förderung zulassen und rechtssicher genehmigte Projekte zügig umsetzen.** Vor Borkum entstehen im Vollbetrieb rund 2,5 Prozent des deutschen Jahresbedarfs, gefördert mit Strom aus einem Offshore-Windpark. Solange wir Gas verbrauchen, ist heimische Förderung unter deutschen Umwelt- und Sicherheitsstandards der bessere Weg als der Import über tausende Kilometer aus Ländern mit schwächeren Auflagen und höheren Emissionen entlang der Lieferkette. Genehmigte Vorhaben müssen umgesetzt werden können, ohne jahrelang in Verfahren stillzustehen. Gleichzeitig sollte sich um eine innovative Erschließung von deutschen Gasreserven unter europäischen Standards bemüht werden.
- **Regulierung an der Realität der Energiemärkte ausrichten.** Ab dem 1. Januar 2027 müssen Importeure nach der EU-Methanverordnung nachweisen, dass Öl, Gas und Kohle auf Erzeugerebene gleichwertigen Mess- und Prüfverfahren unterlagen. Methanemissionen zu senken ist ein für den Klimaschutz relevantes Thema und viele Produzenten arbeiten daran. Nicht jeder wird sich dafür europäischen Nachweisverfahren unterwerfen, statt direkt nach Asien zu liefern. Wer es tut, wird einen Aufschlag verlangen. Die Rechnung zahlen europäische Unternehmen und Haushalte. Das Angebot der Kommission, Sanktionen von 2027 bis 2029 auszusetzen, löst das nicht. Es ist eine unverbindliche Empfehlung, die Pflichten bleiben vollständig in Kraft und kein Unternehmen kann auf dieser Grundlage kalkulieren. Wir fordern, die Importstufe zu verschieben, bis belastbare und international anschlussfähige Nachweisverfahren verfügbar sind, statt sie scharf zu stellen und dann auf ihre Durchsetzung zu verzichten.